

Die „Freiheit“ erscheint täglich morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus und durch die Post bezogen M. 12.— im voraus jährlich. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Einfluß des Bezugs für Deutschland, Dänzig, das Saar- und Elsassgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Kurland M. 23.— für das übrige Ausland M. 30.— Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 59

Die neugegründete Kompartillegelle über deren Raum kosten 6.— M. einschließlich Inserententaxe. Kleine Anzeigen: Das letztgedruckte Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1,50 M. einschließlich Inserententaxe. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Angebote 3,75 M. netto pro Zeile. Erstveröffentlichung in Wort-Anzeigen: das letztgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.— M. Fernsprecher: Zentrum 152 30—152 39

FREIHEIT

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Eine neue Regierung Wirth

Die notwendige Lösung

Verfliegt der Spuk endlich? Heute um 12 Uhr tritt der Reichstag zusammen und es ist wahrscheinlich, daß er auch eine neue Regierung vorfinden wird. Es wird eine Regierung Wirth sein, vielleicht in verbesserter Auflage, denn die Demokraten werden hoffentlich hinausgeworfen werden.

Es ist gekommen, wie wir es gesagt haben. Die Versuche der bürgerlichen Parteien, eine Regierung mit einer anderen Politik zu bilden, sind gescheitert, weil sie scheitern mußten. Es ist einfach unmöglich, sich jetzt dem Zwange der Entente zu entziehen, weil der Zwang sich dadurch nur noch außerordentlich verschärfen würde. Und es wäre der Gipfel der Torheit, die wirtschaftlichen Bestimmungen, die Deutschland günstig sind, abzulehnen und so zu dem politischen Verlust auch noch den wirtschaftlichen selbst herbeizuführen. Mit Ausnahme der Führer der Demokraten und der Rechtsparteien ist diese Auffassung auch ganz allgemein. Sie überwiegt auch bei der Industrie und erst recht in all den Kreisen des ober-schlesischen Gebietes, die das nächste und unmittelbare Opfer einer solchen Politik gewesen wären. Aber die Demokraten hatten sich nun einmal ganz und gar der Deutschen Volkspartei verschrieben, und nachdem diese nein gesagt hatte, plapperten sie das Nein einfach nach. Wessen Geschäfte sie in Wirklichkeit besorgt haben, stellt glücklicherweise die „Deutsche Tageszeitung“ mit aller Deutlichkeit fest, indem sie mitteilt, daß die Deutsche Volkspartei in diesen Tagen in enger Fühlung mit den deutschnationalen gestanden hat. Es ist in der Tat die Katastrophenpolitik der Dergt und Helfferich, der als deren Werkzeuge nicht nur die Strefemänner, sondern auch die Petersen und Koch gedient haben.

Das Ministerium Wirth ist also im Entstehen. Es erscheint politisch dadurch zunächst geschwächt, daß es nicht gleichsam offiziell als Regierung der Rechtssozialisten und des Zentrums gelten soll. Denn es heißt, daß Dr. Wirth in der Auswahl der Minister freie Hand erhält. Aber was für den Augenblick als politische Schwächung erscheinen könnte, bedeutet eine Stärkung der persönlichen Stellung Wirths und zugleich die stärkste Rechtfertigung der von ihm eingeschlagenen Politik. Denn daß man zur Entwirrung des Chaos auf ihn zurückgreifen muß, trotz der starken Widerstände, die in allen bürgerlichen Parteien sich erhoben hatten, beweist den Irrsinn der ganzen Krise und wird vielleicht doch den Fraktionsführern die Lust austreiben, mit den wichtigsten Interessen des deutschen Volkes und den Rechten des Parlaments noch einmal Schindluder zu treiben. Freilich hätte es ihnen überhaupt nicht bekommen können, ihre Treibereien zu beginnen, wenn nicht in Görlich der Kardinalfehler begangen worden wäre, ohne Zwang die Grundlage des Kabinetts selbst in Frage zu stellen und als zu schmal zu erklären. In dem Briefe, den der Reichspräsident an Herrn Wirth gerichtet hat, bekennt er sich selbst zu dieser Politik und scheint selbst jetzt noch nicht einzusehen, wie sehr das Werben um die Deutsche Volkspartei den bürgerlichen Parteien das Spiel erleichtert hat, das sie in den letzten Tagen gewagt hatten.

Und welcher Täuschung über die wirkliche Natur der Deutschen Volkspartei hat man sich unbegreiflicherweise hingeegeben! In ihrer Absage an den Reichspräsidenten formuliert sie ein Programm, das ihnen die deutschnationalen in die Feder diktiert haben könnten. Und damit an dem deutschnationalen Charakter kein Zweifel sei, denunzierten sie die sozialistischen Parteien als diejenigen, die einen Widerstand gegen Zwangsmassnahmen unmöglich machten. Die Herren vergessen nur hinzuzufügen, daß sie, die eigentlichen Kriegsheher und Kriegsverlängerer stets gewesen sind, es sind, die Deutschland in die Lage gebracht haben, Zwangsmassnahmen erdulden zu müssen. Sie sagen auch mit keinem Worte, wie und mit welchen Mitteln dieser Widerstand geleistet werden könnte und entpuppen sich so als verantwortungslose nationalistische Demagogen. Und diese Leute in die Regierung zu bringen, galt in den letzten Monaten als vornehmste Aufgabe der deutschen Politik!

Nun sind sie entlarvt und die Erfahrungen der letzten Tage sollten im deutschen Volke, in der deutschen Arbeiterschaft zumal, nicht vergessen werden. In dieser schweren Krise hat es sich wieder herausgestellt, daß die Arbeiterschaft in diesem

Reiche der Träger der politischen Vernunft ist, daß sie es ist, die durch ihre feste und entschlossene Haltung Deutschland vor abenteuerlicher Romantik und nationalistischer Tollheit bewahrt. Ihnen in erster Linie wird es zu danken sein, wenn zum dritten Male eine schwere Krise überwunden werden wird.

Der Auftrag an Wirth Ein Schreiben des Reichspräsidenten

Der Reichspräsident richtete heute nachmittags 5 Uhr an den Reichskanzler folgendes Schreiben:

Herr Reichskanzler! Seit Wochen ist es mein unausgelehtes Bemühen gewesen, für eine Verbreiterung der gegenwärtigen Regierungscoalition die Grundlage zu schaffen in der Ueberzeugung, in der ich mit Ihnen Herr Reichskanzler, einig gehe, daß die großen Aufgaben, die Deutschland auf dem Gebiete der äußeren und inneren Politik barren, auf einer breiten Regierungsbasis am besten gelöst werden können. Sie, Herr Reichskanzler, haben mich in diesem Bestreben unterstützt und die Verbreiterung der Regierungscoalition zu wiederholten Malen als das nächstliegende Ziel ihre Politik bezeichnet und auch alles getan, um ihr näher zu kommen.

Die Entscheidung, welche die Botschafterkonferenz der Alliierten in der ober-schlesischen Frage gefällt hat, hat zweifellos die Erreichung dieses erstrebten Zieles erheblich erschwert. Ich bin allerdings der Meinung, daß es bei allerseits gutem Willen unter Voranstellung der Interessen des Vaterlandes möglich gewesen wäre, die verbreiterte Koalition allen Bedenken zum Trost zustande zu bringen. Verschiedene Vorgänge haben sich leider hemmend in die gegangenen Verhandlungen eingedrängt, so daß das erstrebte Ziel als gescheitert anzusehen ist. Dies ist um so bedauerlicher, als der Rücktritt des bisherigen Kabinetts das Bestehen einer handlungsfähigen Regierung argefaßt der außenpolitischen Lage zu einer zwingenden Notwendigkeit und die Bildung des neuen Kabinetts unaufschiebbar macht. Kostbare Zeit ist auf die Verhandlungen zur Klärung der innenpolitischen Lage verwandt worden, ohne daß sich eine solche ergeben hat.

In dieser Not des Vaterlandes richte ich an Sie, Herr Reichskanzler, die dringende Bitte, die mir gegebene Absage zurückzugeben und unter Hinzustellung persönlicher und parteipolitischer Rücksichten die Bildung der Regierung zu übernehmen. Die Tatsache, daß Sie bereits einmal in schwerster Bedrängnis sich dem Vaterlande zur Verfügung gestellt haben, gibt mir die Hoffnung, daß Sie auch diesmal dieses Opfer bringen werden. In Anbetracht der gegebenen Verhältnisse vertraue ich darauf, daß es ihrer Tatkraft und politischen Einsicht gelingen wird, eine Regierung zu bilden, die Gewähr dafür bietet, daß sie die nächste der deutschen Politik gestellte Aufgabe, sowie die dringlichsten Probleme der weiteren Zukunft lösen kann.

Ich bin in aller Wertschätzung ihr aufrichtig ergebener Diener.

Wirth zur Kabinettsbildung bereit

W. L. B. meldet: Der Reichskanzler erklärte sich nach erneuter Rücksprache mit dem Reichspräsidenten bereit, die Bildung der Regierung zu übernehmen.

Heute mittag 12 Uhr Reichstag

Der Aelterenrat des Reichstages hat die Plenarsitzung nunmehr endgültig auf Mittwoch, 12 Uhr mittags, festgesetzt. Das Plenum selbst wird dann entscheiden, ob sich weitere Sitzungen anschließen werden oder der Reichstag sich bis zum 3. November vertagen soll.

Der Reichskanzler hat, nachdem er den Auftrag des Reichspräsidenten zur Bildung der neuen Regierung angenommen hat, die Besprechungen mit Mitgliedern des bisherigen Kabinetts ausgenommen. Zu einer Besprechung der Lage hat der Reichskanzler auch den Reichstagsabgeordneten Dr. Heinze zu sich gebeten. Es ist damit zu rechnen, daß die Bildung des neuen Kabinetts im Laufe des heutigen Vormittags zustande kommt, so daß es sich dem Reichstag, der heute mittag um 12 Uhr zu einer Plenarsitzung zusammentritt, wird vorstellen können.

Die Stinnespartei für die Politik des Widerstandes

Die Deutsche Volkspartei läßt durch die National-liberale Korrespondenz die folgende Mitteilung zur Rechtfertigung ihres Verhaltens verbreiten: Die Fraktion der Deutschen Volkspartei nahm am Montag abend zu den Verhandlungen beim Reichspräsidenten Stellung. Die Fraktion beschloß sich dabei vor allem erneut mit der Haltung, die von einer neu zu bildenden Regierung gegenüber der ober-schlesischen Frage eingenommen werden soll. Die Fraktion hat in der ober-schlesischen Frage unerschrocken an dem Standpunkt festgehalten, daß die Entsendung eines Kommissars zu den Wirtschaftsverhandlungen nach dem Wortlaut der Kanteinote die Anerkennung der ober-schlesischen Entscheidung in sich schließt, und daß daran auch durch eine Rechtsver-

wahrung nichts geändert werde. Die Fraktion war der Auffassung, daß Regierung und Reichstag unter diesen Umständen deutlich erklären müßten, daß sie die Bedingungen der Entente, die uns deutsches Land entreißen und selbst in dem uns verbleibenden Oberschlesien die deutsche Souveränität teilweise aufheben, nicht annehmen können und daß dies gegenüber der Entente klar zum Ausdruck gebracht werden müsse.

In den Verhandlungen beim Reichspräsidenten zeigten sich aber in der Behandlung dieser Frage weitgehende Meinungsverschiedenheiten. Der Versuch, für die an der Verhandlung beteiligten Fraktionen eine Einigungsformel zu finden, führte nicht zu einem Ergebnis, das von der Deutschen Volkspartei als ihrem Standpunkte entsprechend angesehen werden konnte. Die Fraktion kam infolgedessen einmütig zu der Ueberzeugung, daß eine Grundlage für ein dauerndes einmütiges Zusammenarbeiten der für die große Koalition in Aussicht genommenen Parteien derzeit nicht gegeben sei. Wenn der Standpunkt der Deutschen Volkspartei Anerkennung finde, müsse damit gerechnet werden, daß die Entente unter Umständen durch Zwangsmassnahmen Deutschland zur offiziellen Anerkennung der ober-schlesischen Entscheidung zu bringen veruche. Alle Parteien, welche die neue Regierung bilden, müßten dann entschlossen sein, diesen Zwangsmassnahmen gegenüber Widerstand zu leisten. Diese Auffassung der Deutschen Volkspartei wird aber nicht von allen Parteien geteilt, die für die neue Regierungsbildung in Betracht kommen, und deshalb besteht die Gefahr, daß ein jetzt gebildetes Kabinett, selbst wenn man sich über die Formel der ober-schlesischen Frage einigte, in kurzer Zeit wieder zusammenbrechen könnte, sobald Differenzen über diese Frage entstanden. Angesichts dieser Sachlage kann sich die Deutsche Volkspartei an der Regierungsbildung nicht beteiligen.

Dieser Vorbehalt bedeutet aber keineswegs eine Absage an den Gedanken der großen Koalition, dem Zwecke die Fraktion in den stattgehabten Verhandlungen bis zur Grenze des Möglichen nach einer Verständigung gesucht hat. Sie betrachtet jedoch die an sich bedeutsamen Fragen der inneren Politik, die bei einer Koalition zu berücksichtigen waren, nicht in Standpunkte einseitiger Parteipolitik, sondern von dem Standpunkte aus, daß hierüber eine Verständigung unter allen Umständen gesucht werden müsse. So hat die Fraktion bei den vorangegangenen Verhandlungen selbst weitgehende Vorschläge für Besatz- und Spekulationssteuern gemacht, um dadurch eine Einigung in der Steuerfrage herbeizuführen. Alle diese Gesichtspunkte aber müßten zurücktreten wenn es sich um die ober-schlesische Frage handelt. Hier geht es um mehr als in Spa, hier geht es um mehr als beim Ultimatum, denn jetzt handelt es sich nicht um Kohlenlieferungen oder um Geldleistungen, sondern es handelt sich um deutsches Volk und deutsches Land. Wenn wir diese Vergewaltigung mittelbar oder unmittelbar hinnehmen, dann ist das Ende dessen, was man uns noch weiter an Anrecht und Gewalt antut, nicht abzusehen.

Deshalb konnte die Deutsche Volkspartei in dieser Frage nur einer Formel zustimmen, die die Ablehnung deutlich anspricht und wurde sich, nachdem diese Formel in diesem Sinne nicht gefunden wurde, von den Verhandlungen zurückziehen.

Bertrauensbruch der Strefemänner

Berlin, 25. Oktober.

Der „Vorwärts“ veröffentlicht in der Mittwoch-Morgenausgabe im Zusammenhang mit den Verhandlungen zur Bildung der neuen Regierung folgende Erklärung:

Die unterzeichneten Vertreter der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion in der Sitzung beim Reichspräsidenten vom 24. Oktober erklären:

Die Vertreter der Deutschen Volkspartei haben der Presse einen Bericht über die vertrauliche Sitzung beim Reichspräsidenten zugehen lassen, der einen Vorgang, der sich dort abgespielt hat, im großen ganzen richtig wiedergibt. Die Vertreter der Deutschen Volkspartei haben dort ein Verfahren in der ober-schlesischen Frage vorgeschlagen, von dem sie selber als möglich voraussahen, daß es zu neuen Zwangsmassnahmen der Entente gegen Deutschland führen würde.

Sie haben zugleich versucht, sich für ein solches Verfahren Dekung durch die übrigen in der Sitzung vertretenen Parteien zu sichern. Diese Dekung konnte ihnen nicht versprochen werden, da unsere Partei gewissenhafterweise nicht die Verantwortung für ein Verfahren übernehmen kann, das zwar den Segner zu Zwangsmassnahmen gegen das deutsche Volk provoziert, diesem aber eine Möglichkeit erfolgreicher Abwehr nicht bietet. So wenig unsere Aeußerungen die Deffentlichkeit zu schrecken haben, so waren sie doch nicht für diese bestimmt. Interfraktionelle Besprechungen sind vertraulicher Natur. Die Verhandlungen des ausserordentlichen Ausschusses sind sogar durch die Verfassung in ihrer Vertraulichkeit geschützt. Was für sie gilt, muß sinngemäß auch für die Beratungen der Parteivertreter gelten, die sich mit ähnlichen Schicksalsfragen des deutschen Volkes beschäftigen.

Wir erklären daher in der Veröffentlichung der Vorgänge in der interfraktionellen Beratung der Deutschen Volkspartei einen vom parteifaktischen Erwägungen diktierten, die Interessen des Reiches schädigenden Vertrauensbruch.

Hermann Müller, Scheidemann, Weis.

Die neueste Aktion

Wie sich die Kommunisten eine sozialistische Regierung vorstellen

Nachdem die Kommunistische Partei einige Zeit nur noch durch die Erscheinungen ihres Verfalls die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit und der anderen proletarischen Organisationen herausgefordert hatte, fanden wir gestern einen längerer Zeit in der „Roten Fahne“ wieder einmal einen Aufruf. Der Aufruf fordert die Einheitsfront der Arbeiterschaft auf Grund eines Programms, das, unter Fortlassung der Sozialisierungsforderung, von den Mindestforderungen abgeschrieben ist, die dem bekannten Briefwechsel unserer Partei mit der S. P. D. zugrunde lagen.

Ueber den Zweck dieser Erscheinung sollten wir bald Klarheit erhalten. Die K. P. D. ersuchte unsere Parteileitung gestern um eine Ausrufung über die gegenwärtige politische Krise, und bei den Besprechungen einiger Genossen mit den Vertretern der Kommunisten stellte sich heraus, daß der Aufruf mit den abgeschriebenen Forderungen den Anfang zu einer großen „Aktion“ bilden sollte. Die Kommunisten regten an, die sozialistischen Parteien sollten unter Hinzuziehung der Gewerkschaften zur gemeinsamen parlamentarischen und außerparlamentarischen Aktion schreiten, um das Zustandekommen einer bürgerlichen Regierung zu verhindern. Das Ziel der Bewegung sollte die Bildung einer sozialistischen Regierung sein.

Auf die Frage unserer Genossen, ob die Kommunisten denn bereit wären, in eine solche sozialistische Regierung einzutreten, erklärten die Kommunisten, daß sie sich dazu nicht verpflichten könnten. Sie würden nach ihrem Plane von allen Parteien gemeinsam erkämpften sozialistischen Regierung gegenüber eine Haltung „wohlwollender Unterstützung“ einnehmen, wie gegenwärtig in Sachen und Thätigkeiten, aber sie würden sich nicht an der Regierung beteiligen.

Damit war die Politik der Kommunisten auch in diesem Falle in ihrer ganzen Lächerlichkeit entlarvt. Die Anfrage der K. P. D. war für unsere Vertreter damit erledigt. Sie erstatteten einer gemeinsamen Sitzung der Parteileitung und Reichstagsfraktion unserer Partei sofort Bericht, und die beiden Körperschaften billigten die Haltung unserer Vertreter.

Der Zweck der ganzen Uebung ist immer derselbe. Die politischen Bankrotteure in der K. P. D. wollen sich an die sozialistischen Parteien und Gewerkschaften heranmachen, um aus ihrer völligen Isolierung und Bedeutungslosigkeit herauszukommen.

Die Leichenparade der Republik

Auf Befehl des Reichswehrministers wird an der Beerdigung des ehemaligen Königs von Bayern Ludwig Wittelsbach eine Ehrenkompagnie der Reichswehr teilnehmen. Außerdem ist sämtlichen Angehörigen der Wehrmacht die Beteiligung an der Beerdigung freigestellt. Da nach der Verordnung des Reichspräsidenten über das Tragen der Uniform durch die Anwesenheit der Reichswehr ohne weiteres auch den Offizieren des kaiserlichen Heeres das Tragen der Uniform erlaubt ist, werden selbstredend Ludendorff und der nunmehrige „König“ Rupprecht nebst ihren Anhang in Uniform erscheinen. Sollte die Polizeibehörde den Wunsch nach einer Absperrung durch Reichswehr äußern, so sind ihr auf Befehl des Reichswehrministers Soldaten zur Verfügung zu stellen. Man geht wohl nicht fehl, darin eine Empfehlung zum Spalterbilden zu sehen.

Am Ende wird bei diesem Begräbnis nicht der normale König, sondern die Republik zu Grabe getragen, und Herr Gehler fällt dabei die Rolle des Totengräbers zu. Der Befehl des Reichswehrministers in einem Lande, wo die Republik um ihren Bestand zu kämpfen hat, ist ein Skandal ohne Gleichen, der an Hochverrat grenzt.

Die Schieber und die Eisenbahnen

Die kapitalistischen Schieber, deren Ziel es ist, die Reichseisenbahnen in ihre unengstirnig tiefen Taschen zu stecken, lassen nicht ab von ihrem Opfer. Nachdem Herr von Breitenbach als starker Mann und reaktionärer Preisbozer führend vor die Front dieser Geschäftemacher getreten ist, geht die Maulwurfsarbeit der Ungenannten in der Presse ein. Schon unlängst machten verschiedene bürgerliche Zeitungen fast gleichlautend und zu gleicher Zeit der Eisenbahnverwaltung den Vorwurf, daß durch ihre Schuld die Kartoffelversorgung der südlichen Bevölkerung ungenügend sei. Jetzt veröffentlicht die „Vossische Zeitung“ einen neuen Artikel, den sie „Zusammenbruch des Verkehrsapparates“ überschreibt und der wiederum die Eisenbahnverwaltung mit den heftigsten Vorwürfen überhäuft.

Alle diese Presseäußerungen stammen offensichtlich aus einer Quelle. Dennoch würden wir kaum einen Grund haben, auf sie einzugehen oder gar schützend vor die Eisenbahnverwaltung zu treten. Auch wir kennen die Sünden dieses Systems, auch wir können uns eine bessere Organisation des Verkehrs sehr wohl denken. Aber die Absicht dieser Kritik der Presse ist zu offenkundig. Sie ist immer die gleiche und sie verfolgt den Zweck, die Staatsbahn als solche in Miskredit zu bringen und der Forderung nach der Umwandlung der Reichseisenbahn in eine Privatgesellschaft Popularität zu verschaffen.

Auch der Artikel der „Vossischen Zeitung“ ist ein Teil dieser Propaganda. Er spricht zunächst wieder von der Kartoffelbeschaffung, hebt jedoch hervor, daß die „Vossische Zeitung“ schon vor längerer Zeit Vorschläge zur Neugestaltung des Eisenbahnbetriebes gemacht habe, die indes damals keine Beachtung gefunden hätten, und fährt schließlich fort:

„Die dadurch bedingte Abneigung, einer neuen Lage mit neuen Gedanken und unter Ueberwindung früher für unüberwindlich gehaltenen Schwierigkeiten zu begegnen, ist den maßgebenden Persönlichkeiten im deutschen Wirtschaftsleben nicht entgangen. Sie hat dazu Veranlassung gegeben, gelegentlich der Erörterung der grundlegenden Angelegenheiten, die in der deutschen Wirtschaft zur Aufbringung der Reparationskosten vorgenommen werden müssen, auch den Uebergang der Reichsbahn an Privatgesellschaften als ein Mittel zu erwägen, eine rationelle Betriebsführung zu sichern.“

Die „Vossische Zeitung“ verläumt also nicht, die Frage des Ueberganges der Reichseisenbahnen an Privatgesellschaften wieder in den Vordergrund zu stellen. Das ist das Ziel der von so großer Begehrtheit erfüllten „führenden Persönlichkeiten im deutschen Wirtschaftsleben“.

Das Blatt führt noch eine große Zahl von Einzelfällen an, in denen die Eisenbahnverwaltung angeblich versagt habe. Der

auf schlechte Organisation zurückzuführende Wagenmangel mache sich überall bei der Lebensmittel- und Rohstoffversorgung hemmend geltend. Nur einen Grund für die starke Inanspruchnahme des Güterverkehrs vergißt das liberale Blatt. Es vergißt, daß gegenwärtig Industrie und Handel alle verfügbaren Produkte deutscher Arbeit im Eiltempo ins Ausland befördern, um von der gegenwärtigen Valutakonjunktur möglichst viel zu profitieren. Daß dieser von den deutschen Kapitalisten selbst inszenierte Ausverkauf gerade gegenwärtig die Güterverkehrsmittel außerordentlich stark in Anspruch nimmt, liegt klar auf der Hand. Wie wäre es, wenn die so sachkundige „Vossische Zeitung“ ein Mittel nennen würde, um diesem Treiben Einhalt zu tun? Vollends komisch aber ist es, wenn sich dieselben Kreise, die alle verfügbaren Güterwaggons in Anspruch nehmen, um die deutschen Waren ins Ausland zu befördern und den inneren Markt völlig von Waren zu entblößen, damit auch hier die Preise immer mehr ins Maßlose steigen — komisch ist es, wenn sich diese Kreise darüber beschweren, daß keine weiteren Güterwaggons zur Zuführung von Rohstoffen zur Verfügung stehen.

Immerhin wird sich die Eisenbahnverwaltung auch zu diesen Vorwürfen zu äußern haben.

Eröffnung der internationalen Arbeitskonferenz

Genf, 25. Oktober.

Heute vormittag wurde in Genf die internationale Arbeitskonferenz eröffnet. Es waren ungefähr 400 Vertreter aus 40 Staaten der ganzen Welt anwesend. Präsident Fontaine-Franck begriüßte die Versammlung und wies auf die Fortschritte, die in der internationalen Arbeitsgesetzgebung gemacht worden seien, hin. Er mahnte zur Vorsicht und warnte vor Ueberhäufung des Konferenzprogramms, betonte aber die allgemeine Anerkennung der Prinzipien des internationalen Arbeitstages. Der schweizerische Bundespräsident Schulthess hob die wirtschaftlichen Schwierigkeiten hervor, deren Ursache der Krieg, nicht die soziale Gesetzgebung sei. Aber die wirtschaftliche Not dränge auf bescheidene Abwägung aller Maßnahmen, die die Entwicklung der Produktion betreffen. Namens der Stadt Genf begriüßte Präsident Ginou die Konferenz.

Hierauf wurde bei der Präsidentenwahl einstimmig Lord Burnham-England gewählt, der in seiner Rede auf das Fehlen der Vereinigten Staaten im Arbeitsbunde hinwies und betonte, daß der Wiederaufbau der Welt nur durch gemeinsame Arbeit aller Nationen möglich sei.

Die ewige Affentomödie

Es ist noch nicht vergessen, wie Jagow, der Kappist, den Reichsjustizminister und den Oberreichsanwalt in so ergötzlicher Weise nachführte, eine Manipulation, die ihm allerdings durch bereitwilliges Entgegenkommen der beiden Herren erleichtert wurde. Es gelang dem Jagow jedenfalls, seinen Hochverratsprozeß weiter und weiter hinauszuschieben. Inzwischen ist ein anderer Kappist, der gleichfalls nicht unbekanntes Schicksal gelitten hat, nämlich Schuler, nach Wien gekommen. Darum, erklärte der Herr Oberreichsanwalt, sei es besser, man verlasse die Verhandlungen, warte die Gefestigung der vier mit der dem Reichsgericht in diesem Falle eigenen Viererabrede ab und mache dann, großzügig, wie man nun einmal ist, ein Aufwachen mit den Ketten.

Ueberrascht war von dieser Entscheidung des obersten öffentlichen Anklägers im Reiche des Reichs wohl niemand. Aber es wird auch keinen Bemühtigen gegeben haben, dem die Begründung für diese geniale Handhabung der Dinge stichhaltig erschienen wäre. Aber nun plaudert die „Augsburger Abendzeitung“ gar folgendes aus:

„Das Wolffsbureau berichtet bekanntlich, daß mehrere im Ausland befindliche Teilnehmer am Kapp-Putsch sich bereit erklärt hätten, unter gewissen Garantien zur Verhandlung nach Leipzig zu kommen. Wie wir hierzu erfahren, haben die Betreffenden sich allerdings bereit erklärt, zur Verhandlung in Leipzig zu erscheinen. Diese Erklärung liegt aber schon ein halbes Jahr zurück und wurde damals von der Reichsregierung nicht beachtet und ist auch vom Oberreichsanwalt der Öffentlichkeit nicht mitgeteilt worden. Erst jetzt hat man dieses Angebot, das nicht erneuert wurde, hervorgeholt.“

Diese Aeußerung ist beachtenswert, weil des Augsburger Blatt über die Schritte der Kappisten bestimmt gut unterrichtet ist. Die vor einem halben Jahr abgegebene Erklärung gewinnt für den Reichsanwalt jetzt plötzlich Bedeutung, in dem Augenblick, wo er kurz vor dem Beginn der Gerichtsverhandlungen steht. Alles ist ihm also recht, um den Prozeß noch einmal vorschieben zu können, selbst ein längst verstaubter Brief der flüchtigen Kappisten. Es ist ganz offenbar: die Bemühungen der Herren sind darauf gerichtet, die gerichtliche Abrechnung mit den Hochverrätern solange zu verschieben, bis eine ihnen günstigere politische Luft weht und eine Niedererschlagung des Verfahrens möglich ist. Der Anklägerswurm von einem Justizminister wird sich dazu zu äußern haben.

Ein Hinterfrontkämpfer

Prinz Eitel Friedrich ist ein beliebtes Jugbild monarchistischer Paraden geworden. Er verdient es auch. Wir wir der „Welt am Montag“ einnehmen, wird in einem rheinischen Arbeiterblatt aus dem Heldenleben dieses Prinzen folgende Etappengeschichte erzählt von einem, der dabei war:

Templeuve-la-Fosse war mit Truppen stark überfüllt. Es hatte nicht die Annehmlichkeiten, die man sonst in den Stabsquartieren der Division vorfindet. In diesem Falle wäre es nicht angebracht gewesen, zu sagen: Er lebte wie ein Divisionskommandeur in Frankreich.

Die feindliche und die deutsche Artillerie trommelte unaufhörlich auf die schon ganz eingeebneten Gräben. Das in der Gegend nördlich Peronne häufig anzutreffende wellige Gelände schwächte den Schall der furchtbaren Muffel ab, doch war sie in dem etwa zehn Kilometer hinter der Front gelegenen Orte noch ganz deutlich zu hören. Die südlich von Templeuve-la-Fosse, also der Front gegenüber, gelegene Gegend wurde ab und zu von der feindlichen Artillerie abgestreift. Eine eigentliche Beschichtung von Templeuve-la-Fosse fand damals nicht statt. Über nichts kamen einige Granaten. Ob verirrte oder gezielte, kann ich nicht sagen.

Da nahm der Stab der 1. Königlich Preussischen Garde-Reserve-Division Quartier.

Ohne den Gruppenkommandeur verständigt zu haben.

Ohne dessen Erlaubnis zum Quartierwechsel zu besitzen.

Er begab sich nach Havincourt, das etwa 8 bis 10 Kilometer rückwärts von St. Emille, dem Quartier des Gruppen-Generalkommandos, gelegen war. Am frühen Morgen war bei der Gruppe Nord der Armee Below und dem nächstliegenderen vollzogenen Quartierwechsel des Stabes der 1. G. R. D. noch nichts bekannt.

Aber am Nachmittag erschien ein Gruppenbefehl: Die 1. G. R. D. verlegte heute nacht auf meinen Befehl das Divisions-Quartier von Templeuve-la-Fosse nach Havincourt, bei von Hasbender.

Der kommandierende General des 1. Panzerischen Reserve-Korps, Erzherzog Karl Ritter von Hasbender, dachte das — wenig tapferer Verhalten des Stabes der 1. Garde-Reserve-Division.

Der Kommandeur dieser Division war Seine Königliche Hoheit Prinz Eitel Friedrich von Preußen.

Havincourt war etwa 25-Kilometer hinter der Front; daher der Name Hinterfrontkämpfer.

Bald danach wurde die Division aus der Front herausgezogen, und der „dicke Eitel“ konnte wieder ganze Regimenter Parade-marsch kloppen lassen, falls sich wieder einmal so ein gemeiner Kerl hinterstanden haben sollte, Seine Königliche Hoheit nicht zu kennen.

Ich glaube, einer der Kriegskriegsartikel der ehemaligen preussischen Armee lautet: „Wer vor dem Feinde seinen Posten verläßt... usw.“

Frage: Ob den königlichen Prinzen auch einmal die Kriegskriegsartikel vorgelesen wurden?

Deutschland und Frankreich

Fortsetzung der französischen Kammerdebatte

Paris, 25. Oktober.

In der heutigen Nachmittags-Sitzung der Kammer wurde die Freitag abgebrochene Debatte über die allgemeine Politik der Regierung fortgesetzt. Das Wort nimmt der Kommunist Marcel Cachin. Er bepricht die auswärtige Politik der Regierung und fragt, ob die von Minister Loucheur in Wiesbaden begonnene Politik die Politik der Regierung gegenüber dem neuen Deutschland sei.

Erland unterbricht: Das wird von Deutschland abhängen (sehr richtig!), wenn Deutschland sich von der Regierung führen läßt, die ihre Verpflichtungen erfüllt, werden wir keinen Grund haben, zu Drohungen und zu Gewalt unsere Zuflucht zu nehmen, aber wenn Deutschland durch eine zu beschränkende Schwächung sich auf neue dem Imperialismus in die Arme wirft, wenn es sich weigert, seine Verpflichtungen zu halten, und uns mit Koalition bedroht, dann ist es natürlich, daß die Haltung der französischen Regierung geändert wird. (Lebhafte Beifall.)

Cachin fährt fort, indem er den Marasmus der reichlichen Nationen der industriellen Tätigkeit Deutschlands gegenüberstellt, wofür in den Fabriken von Krupp landwirtschaftliche Maschinen und elektrische Apparate fabriziert wurden. Die Abkommen von Wiesbaden könnten, wenn sie die deutsche und französische Industrie zusammenbrächten, die wirtschaftliche Lage Frankreichs wieder hochbringen, aber schon hätten die französischen Unternehmer begonnen, eine scharfe Campagne gegen diese Politik von Loucheur zu führen. Cachin verbreitert sich dann weiter über die gefährliche finanzielle Lage in Deutschland sowie über die Konferenz in Washington.

Nach Cachin spricht der Kommunist Lafont über die Hilfe für das verhungerte Rußland.

Schutz der Republik Oesterreich

Wien, 25. Oktober.

Der Nationalrat behandelte in seiner heutigen Sitzung eine dringliche sozialdemokratische Anfrage, worin die Regierung gefragt wird, was sie zu tun gedenke, um die Rechte und Interessen der Republik Oesterreich angesichts der durch den Putsch Karls von Habsburg herbeigeführten mitteleuropäischen Krise zu wahren.

Bundeskanzler Schönerer stellte fest, daß er sofort, nachdem er von dem Eintreffen des früheren Kaisers in Debenburg durch den englischen Gesandten Reunius erhalten, alle jene Vorkehrungen in umfassender Weise getroffen habe, die ihm geeignet schienen, um den Bestand der Republik vor jeder Gefahr zu bewahren, jede Störung der Ruhe und Ordnung hintanzubehalten und die Grenzen zu sichern. Er habe mit den Parteiführern die angeordneten Maßnahmen erörtert, und er dürfe mit Gewissung konstatieren, daß er das Empfinden hatte, die Parteiführer seien von der Ratschheit des Handelns der Regierung befriedigt.

Vorläufige Internierung Karls

Budapest, 25. Oktober.

Das Ergebnis der gestrigen Beratung der Vertreter der großen Entente mit der ungarischen Regierung besteht in dem Beschluß, König Karl vorläufig im Kloster Tibany am Plattensee zu internieren. Da er sich bedingungslos ergeben hat, können die sieben Bedingungen, die ihm von der ungarischen Regierung gestellt worden waren, als angenommen gelten.

Die Schweiz macht Schluss

Genf, 24. Oktober.

Der Bundesrat hat heute beschlossen, die ganze Familie Habsburg und ihr Gefolge auszuweisen mit der Ausnahme der Personen, die zur Pflege der Kinder, die in der Schweiz zurückbleiben, durchaus notwendig sind. Voraussetzlich wird auch eine Dame der Familie in der Schweiz bleiben können. Die Liste der ausgewiesenen Personen wird morgen bekanntgegeben. In Betracht kommen u. a.: Herzog Max, Bischof Dr. Seidl, Oberster Kammerherr Bedoschowsky, Flügeladjutant von Sonntag, Hauptmann von Bergmann und Frau, Generaldirektor von Steiner.

Wie die „Dena“ aus Wien erfährt, wird jetzt bekannt, daß Karl vor seiner Abreise aus der Schweiz ein Schreiben an den Bundesrat gerichtet hat, in dem er diesen bittet, sich seiner Kinder anzunehmen. Er glaube nicht, daß er im Falle einer Niederlage am Leben bleiben werde.

Zur Hausführung bei den Kommunisten wird von zuständiger Stelle mitgeteilt: Beamte der Abteilung in des Berliner Volkstagspräsidenten nahmen auf Grund richterlichen Erlasses am Dienstag nachmittag eine Durchsuchung in der Zentrale der Kommunistischen Partei, Rosenthaler Straße 38 zu Berlin, vor. Der am Schluß der Durchsuchung erscheinende kommunistische Reichstagsabgeordnete Braß tritt einen der Polizeibeamten an, indem er ihm ein beschlagnahmtes Aktenstück zu entreißen suchte. Braß wird sich wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt strafrechtlich zu verantworten haben.

Zeitungsverbote im besetzten Gebiet. Die „Wälder Zeitung“ und das „Rheinische Volksblatt“ in Speyer sind durch die französischen Behörden auf drei Tage verboten worden.

Theater und Vergnügungen

Volkshöhne
7 1/2 Uhr: Das Postamt
Die Komödie
der Freuden

Neues Volkstheater
8 1/2 Uhr: Die Wildente

Staatstheater
8 Uhr: Inseph-Legende
Bajazz

Deutsches Theater
7 1/2 Uhr: Der Hühnerhof
Großes Schauspielhaus

Königgräber Str.
7 30 Uhr: Manon Lescaut

Komödienhaus:
Täglich 7 30 Uhr: Die Fahrt ins Blaue

Berliner Theater:
Täglich 7 30 Uhr: Prinzessin Olala

Trianon-Theater
Täglich 8 Uhr: Mein Freund Teddy

Waller-Theater
Täglich 7 30 Uhr: Nixchen

Der Bette
aus Dingsda

Die Glocken von Corneville

Komische Oper
Die große Ausstattungs-Operetten-Revue

Der Herr der Welt

Waller-Theater
Täglich 7 30 Uhr: Nixchen

Trianon-Theater
Täglich 8 Uhr: Mein Freund Teddy

Waller-Theater
Täglich 7 30 Uhr: Nixchen

KLEINES THEATER
7 1/2 Uhr: Carola Tochter in
Fr. Josephs - meine Frau
Sonntag, 4 U. Kleine Fr.
Eugenius Sohn

Theater des Offens
7 1/2 Uhr: Das Glück der kleinen Leute

Casino-Theater
7 1/2 Uhr: Casinoplätze

Apollotheater
Friedrichstraße 210
Unser persönlicher
Gedanke des Komponisten
Paul Lincke
FRAU LUNA
Knochenoperette

Theater a. Kottbus. Tor
Tel.: 101. 16077
Täglich 7 1/2 Uhr u.
8 1/2 Uhr nachm. 11 U.

Elia-Sänger
Wühnen-Konzert
Sokl. 11-11/2 u. 4-6

METROPA
KZERN
Behrenstraße 54.
8 Uhr:
Der unüberwindliche
Oktober-Spielplan

Circus Busch
Tel. 7 1/2, 8 1/2, auch 3 1/2 U.
Eisenkühn
Breitbart
herausgefordert!

Wien-Berlin
14 Varieté-
Sensationen
Beginn 7 30 Uhr
Kein Wehrwag.

TAUENTZIEREN
im
TAUENTZIEREN
PALAS
Das sensationelle
Oktober-Variété-
Programm!
Beginn 8 Uhr.

Spezial-Deh. Jasmias
nur für
Herrn u. Damen. Da
sich in 15 Tagen be-
reit. m. überbr. annehm-
licher. beh. u. Kateragen.
Invalidenstr. 100, Jacoby
von 8-3.

Soeben erschienen!

Die Erwerbslosenfürsorge

nach dem neuesten Stande

Wiedergabe der Reichsverordnung über Erwerbslosenfürsorge und gemeinverständliche Darstellung der Erwerbslosen und Kurzarbeitern zugehenden Ansprüche unter Berücksichtigung ministerieller Erlasse u. Bescheide sowie die letzten Beschlüsse des Reichstages

Von Rudolf Weck
Arbeitersekretär in Königsberg i. Pr.
Preis 8.- Mark

Für Gemeindebehörden, Betriebsräte, Obleute, Arbeiterssekretäre, Gewerkschaftsfunktionäre, überhaupt für jeden, der sich mit Arbeiterfragen befaßt, ist die Schrift unentbehrlich

Verlagsgenossenschaft "Freiheit" e. G. m. b. H.
Berlin 62 Abt. Buchhandlung Breite Straße 8-9

Woldecken als Schlaf- u. Herd-
decken, sowie, Grills-
decken für Mäntel u. Joppen zu 40 u. 55 Mk.
mit rein. Wolllutter
von 90 - 125 Mk.

Lederwesten
"Agila" Ausstattungs-gesellschaft für
Industrie, Landwirtschaftsberei m. b. H.
Berlin C 10, Petzstr. 1-2, Ecke Gendarmenstr.
Verkaufszeit von 9 bis 4 Uhr

Neu! ist Ihr Neu!
Wohnungstausch
? eilig ?

Verantr. Sie sof. 5 oder 10 wöchentl. Vermittlungs-
tätigkeit durch die

Express-Abtlg. d. E-Wo-Ge
C. Alexanderstraße 38. SW. Friedrichstraße 250.
W. Potsdamer Str. 50 (am Bahnhof Blumenhof-
für Verkleinerungsgröße u. 5 Zimmer ohne Kostenlos.

Anzüge, Schlüpfer
in feinsten Verarbeitung aus prima Stoffen
Mk. 350.- bis 750.-
Große Auswahl in feinsten Maßstoffen
Eigene Ateliers Soldeste Preise

Imex G. m. b. H. Schloßplatz 18 II

ATA
Henkel
Schleierpulver
ATA eignet sich für alle
Küchengeräte, besonders
auch für Öfen, Badewannen,
Klosetts, Marmor,
Steinböden, Herdsteine;
Henkel & Cie., Düsseldorf

Glühlampen
Halbwattlampen und (ämtl.
Elektro - install. - Material
kauft
Schröder, Bernauer Str. 101
Neubrück, III.

Ich hab's erkannt u glaub
es feste: Zum Putzen ist

Urbin

das Beste!

Man verlange in allen einschlägigen Geschäften ausdrücklich
Urbin-Terpentinölware,
die noch nie erreichte Qualität.

Tüchtige Verkäuferinnen
für
Schuhwaren
Leinenwaren
Gardinen
Kleiderstoffe
sofort gesucht

Meldungen: 12-2 Uhr mittags
5-6 Uhr abends

A. Jandorf & Co.
Große Frankfurter Str. 113.

Tüchtige Verkäufer
für
Herrenkonfektion
sofort gesucht

Meldungen: 12-2 Uhr mittags
5-6 Uhr abends

A. Jandorf & Co.
Große Frankfurter Str. 113

In Berlin



Cobu fabriziert

Fördern Sie "Cobu", Colos-Öl-Lampen-Butter-MARGARINE

Bergisch-Märkische Margarine-Werke
F. A. J. J. J. J. A. G.
Ebersfeld und Berlin-Pichelsdorf.

Generalvertretung:
FRANZ JOS. GFRÜERER, BERLIN W 50
Ansbacher Str. 56 Fernruf: Steinplatz 4848 u. 12144

Westmanns
Trauer-Magazin
Große Auswahl.
Billige Preise.
I. Mohrenstr. 37
(Kotonnaden)
II. Ge. Felix Str. 115
(nahe Lindenstr.)
Kunsthilfsanstalt Hof.
Am Zentrum 7800
Sonntage geschlossen.

Zeilm und Sabelrad
jeden Polten, auch plumb-
weise sowie Säge, neu
und gebrauchte, Jute- und
Papiergeräte, kauft
E. Thun, Eiferer Str. 30,
W. Bellevue N 2547 und
W. Bellevue 28 u. I (Mitt. 2952)

**Kreuz-Alaska-Silber-
Zobel- Rotfische**
Hausw. billig
von 300 Mk. an
Skunks-Garn, sehr
billig
Pelzfutter
für Damen und Herren
von 250 Mk. an
Felle f. Besatz
amer. Op. 65, austr. Op.
110, bel. El. 25, biberel-
fell, 45 Mk. an
Hamsterfelle
für Sportpelze,
sehr preiswert.
Pelzwarenhaus
A. Klau & Co.
Rosenthaler Str. 48 41
am Hackeschen Markt

Metallankaufsstelle
Osten,
Grüner Weg 80
zahlt Tagespreise für
Kupfer, Messing,
Blei, Zink etc.

GELD
ZAHLE
ICH
FÜR



"ALTE"
GRAMMOPHON-
PLATTEN-DRUCK

Ankauf weit über Tagespreis
Auktionen guten Verdienst
R. rgewald, O. chirein. rstr. 57 — Hof —
partierre rechts

Strindberg
Ausgewählte Romane

1. Das rote Zimmer
2. Die Leute auf Hemsjö
3. Am offenen Meer
4. Die gotischen Zimmer
5. Schwarze Fahnen

5 Bände 82 Mk. Gebunden

Buchhandlung "Freiheit"
Berlin C 2, Breite Str. 8-9
Auch in allen Expeditionen.

Botenfrauen
sofort gesucht

Expedition Grentlich
Marienfelde, Kirchstr. 27

Expedition Wengels
D., Cadiner Straße 11
Tour: Liebigstraße - R. gaer Straße

Expedition Döring
Steinmegstraße 23

Expedition Fritz Glesche
Pankstr. 60

Expedition Reifewig
Lichtenberg, Tasdorferstr. 25
Tour: Räderstraße.

Kriegsanleihe wird zu 84%, in Zahlung genommen!

Donnerstag, den 27. Oktober,
wegen Todesfall geschlossen!

Noch billige Preise!!!

Pelzmäntel 3900, 4775, 5300,
6200 * Sealplüschmäntel, 1 a
Qualität, 2800, 3580 * Ulster
mit Sealplüschkragen 275 *
Astrachanmäntel, 120 lang, 300
* Mohärplüschmäntel 775 *
Affenhautmäntel 675 * Gummi-
mäntel 345 * Impr. Mäntel 159
Covercoatmäntel 215 * Stoff-
röcke 79 * Kostüme 149, 275
Modellkostüme 685 * Kleider
und Mantelkleider 375 * *

WESTMANN

I. Geschäft: Berlin W8 2. Geschäft: Berlin NO
Mohrenstrasse 37a 6r. Frankfurter Str. 115

Kleide Dich billig, elegant!
im Leihhaus Moritzplatz 58 a.

Jackett-Anzüge, Cutaways, Schlüpfer,
teils auf Seide, jetzt für 400-500 M. Ferner Damen-Kostüme, -Mäntel, Wäsche, Teppiche, enorm
billig! Pelzwaren: Kreuzfische 300, Zobelische 400, Blau-, Silberfische, Skunks, Wölfe,
Luchs, Sportpelze 900, Gohpelze 1500, Pelzmäntel 2700. Keine Lombardwaren.

An die Bürgerschaft Berlins!

Seit Wochen wird Berlin vom Streik der Gasthausangestellten heimgeschlachtet...

Als seinerzeit das alte System, welches die Kellner als Angestellte niederen Ranges auf die Almosen der Gäste verwies...

Im Namen vieler tauend Bürger der Stadt Berlin ergreife ich Partei für die Angeestellten des Gasthausgewerbes...

Herrn Bleier-Charlottenburg; Konrad Bothmer-Berlin; Walter Guter-Mann, Schriftsteller, Berlin; Dr. Arnold Kallisch-Berlin; Hr. Hyska-Berlin; Heinrich Ströbel, Schriftsteller, Steglitz; Redakteur Veiter-Berlin; Dr. Walter Viehau-Bruno-Lichterfelde; Westphal, Geschäftsführer, Friedenau; Bruno Marx-Berlin; Dr. Pfirrmann-Berlin.

Krankenkassen, Ärzte und Familienversicherung

Der von uns in Nr. 455 veröffentlichte Artikel des Genossen Schulze „Arztliche Sabotage der Familienversicherung“ hat uns eine ganze Reihe Zuschriften aus unserm Leserkreise eingebracht...

Nachdem wir aber den Standpunkt der Krankenkassen ausführlich dargelegt haben, wollen wir vor Abschluß der öffentlichen Diskussion auch einem Vertreter der Ärzte das Wort geben...

Bei der vor einigen Wochen stattgefundenen Verhandlung der Krankenkassen und Ärzte ist eine Bezahlung nach Einzellieferungen von den Ärzten nicht verlangt worden...

In einer Resolution der Ärzte, in der sie sich für die Familienversicherung der Krankenkassenmitglieder ausgesprochen haben, ist von diesen zwar freie Arztwahl und angemessene Bezahlung verlangt worden...

Die von dem Vertreter der Krankenkassen angegebenen hohen Arzteinkommen von 100.000 oder sogar 200.000 M. sind Ausnahmen, die nur von einzelnen Ärzten erreicht werden...

Herr Fräsdorf als Vertreter der Krankenkassen ein Kassenarzteinkommen von 50.000 M. als angemessen bezeichnet...

Eine gerechte Würdigung des Verhältnissepunktes muß auch unter dem Gesichtspunkt erfolgen, daß durch die Einführung der Familienversicherung die schon jetzt geringe Privatpraxis der Ärzte fast völlig beseitigt werden würde...

Die Verteilung der Stadtverordnetensitze

Nach dem vorliegenden amtlichen Bericht über das Ergebnis der Stadtverordnetenwahl am 16. Oktober entfallen nach Verteilung der Reststimmen auf die einzelnen Parteien nachfolgende Zahl von Mandaten:

Table with 5 columns: Partei, Kreiswahlvorschlag, Stadtverordnetenvorschlag, Zusammen, Gesamt. Includes parties like U.S.D., S.P.D., D.D.P., etc.

Die Verteilung auf die Kreiswahlvorschläge

Table with 13 columns: Wahlkreis, U.S.D., S.P.D., D.D.P., D.N.U.P., D.S., D.V.P., S.P., Freie Vereinigung, Ordnungsblock, Gesamt. Lists 15 districts (I to XV).

Ausgabe von neuen Milkarten

Die Milkarten für Dezember 1921 werden in sämtlichen Groß-Berliner Verwaltungsbezirken in den nächsten Tagen ausgegeben...

Die auf Milkarten zu verarbeitende Milch wird zum vorbestimmten Preise an die Bezugsberechtigten abgegeben...

Die auf Milkarten zu verarbeitende Milch wird zum vorbestimmten Preise an die Bezugsberechtigten abgegeben. Die Höhe des Preises wird durch besondere Verfügung bekannt gegeben...

Der unästhetische „Venuswagen“

Am kommenden Freitag wird vor der 4. Strafkammer des Landgerichtes II ein Prozeß verhandelt, dessen Ausgang weitestens Kreise der deutschen Künstler und Schriftsteller interessieren dürfte...

In dem genannten Prozeß ist eine Sammelmappe unter dem Namen „Der Venuswagen“ erschienen, die Beiträge hervorragender Künstler und Schriftsteller enthält...

Jugendliche Abenteuer

Einen recht milden Ausgang nahm ein durch Schundliteratur entstandener verbrecherischer Plan, welcher ursprünglich den Gegenstand eines verhängnisvollen wegen veräußerten Raubmordes gebildet hatte...

Gewisse „Schmätzer“ und „Kinofilme“ ließen in den beiden jungen Leuten, die sich in echter „Lebertrumpf-Romanentil“ natürlich zuerst einen Revolver zugelegt hatten...

In dem Vorverfahren wegen veräußerten Raubmordes machte Rechtsanwältin Treitzel geltend, daß die Tat der Angeklagten nicht über die vorbereitenden Handlungen hinausgekommen sei...

Ein Postflugzeug abgestürzt. Das Postflugzeug 178 D, das auf der Linie Stankon-Dresden verkehrt, kürzlich gestern am Mittwoch gegen 3 Uhr infolge Motordefekts bei Neuz-Kladow unweit des Hanelufers aus beträchtlicher Höhe ab und ging vollständig in Trümmer...

Der einzige Weg

Roman von Paul Reboux

Übersetzt von Rudolf Häckl

Copyright 1921 by Grottel & Co., G. m. b. H., Leipzig.

„Im selben Augenblick schellte es an der Eingangstür. Was habe ich gesehen?“ stellte Frau Réal vergnügt fest. Josef Coigny erschien mit vielen Entschuldigungen...

Bei diesem Gedanken erweiterte sich ihre Miene. Sie liebte den Ruhm und hatte als Tochter eines Geschäftsmanns Sinn für offensichtliche Vorteile. Sie war stolz, die Gattin eines Mannes zu sein, der beim Geldverdienen auch noch betrübt wurde...

mieten befehlen muß, ein Boche erschienen, der es wagte, bei ihr mieten zu wollen. „Und was tat die Witwe des Kapitans Bernard?“ fragte Réal neugierig. „Sie hat selbstverständlich lange geögert. Dieser Boche ist vielleicht der Mörder ihres Mannes...“

